

# AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES  
Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 58

DIENSTAG, DEN 27. JULI

2010

## Inhalt:

|   | Seite |   | Seite |
|---|-------|---|-------|
| Eintragung in die Denkmalliste .....  | 1261  | Beabsichtigung der Widmung einer Wegefläche in<br>der Oesterleystraße ..... | 1262  |
| Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vor-<br>prüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob<br>eine Verpflichtung zur Durchführung einer Um-<br>weltverträglichkeitsprüfung besteht ..... | 1261  | Änderung von Wochenmärkten .....  | 1262  |

## BEKANNTMACHUNGEN

### Eintragung in die Denkmalliste

Auf Grund von § 5 Absatz 2 des Denkmalschutzgesetzes vom 3. Dezember 1973, zuletzt geändert am 27. November 2007, wird öffentlich bekannt gemacht:

In die Denkmalliste wurde eingetragen:

Lattenkamp 13, 15, Lattenkampstieg 2, 4

– 1929 bis 1930 von Friedrich Steineke errichteter Siedlungsbau mit Einfriedung am Lattenkampstieg, Teil des Ensembles von Siedlungsbauten der 20er Jahre Lattenkamp 13–29, Lattenkampstieg 2, 4 mit Einfriedung am Lattenkampstieg –

Grundbuch von Winterhude Blatt 4304,

Gemarkung Winterhude Flurstück 302,

Denkmalliste-Nummer 1824.

Eintragungen in die Denkmalliste haben insbesondere nach § 8 Absatz 1 des Denkmalschutzgesetzes die Wirkung, dass Kulturdenkmäler ohne Genehmigung des Denkmalschutzamtes weder ganz oder teilweise beseitigt, wiederhergestellt, erheblich ausgebessert, von ihrem Standort entfernt oder sonst verändert werden dürfen.

Verstöße gegen die Bestimmungen der §§ 8 ff. können, sofern sie nicht nach § 304 des Strafgesetzbuchs zu bestrafen sind, nach § 28 des Denkmalschutzgesetzes als Ordnungs-

widrigkeiten mit Geldbußen bis zu 500 000,- Euro geahndet werden.

Hamburg, den 20. Juli 2010

**Die Behörde für Kultur, Sport und Medien**

Amtl. Anz. S. 1261

### Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Hamburg Port Authority hat bei der Behörde für Wirtschaft und Arbeit, Zentralverwaltung, Planfeststellungsbehörde, die förmliche Zulassung für das Bauvorhaben „Ufersicherung Seemannshöft“ beantragt.

Dieses Vorhaben stellt einen Gewässerausbau nach Nummer 1.18.2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg (HmbUVP) dar. Nach der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 1 Absatz 1 HmbUVP in Verbindung mit § 3 c des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung des Bundes (UVP) wird von der Durchführung einer Umweltverträglich-

lichkeitsprüfung für dieses Vorhaben abgesehen. Es kann nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde auf Grund überschlüssiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die nach § 12 UVPG bei der Entscheidung über die Zulassung zu berücksichtigen wären.

Hamburg, den 8. Juli 2010

**Die Behörde für Wirtschaft und Arbeit  
als Planfeststellungsbehörde**

Amtl. Anz. S. 1261

### Beabsichtigung der Widmung einer Wegefläche in der Oesterleystraße

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 8 in Verbindung mit § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) wird im Bezirk Altona, Gemarkung Blankenese, Ortsteil 223, eine etwa 112 m<sup>2</sup> große, nördlich der Oesterleystraße bei Hausnummer 77 liegende Wegefläche (Flurstück 2307) mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die Pläne über den Verlauf der zu widmenden Fläche liegen für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Altona, Jessen-

straße 1–3, Zimmer 309, 22767 Hamburg, zur Einsicht für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll dort vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 20. Juli 2010

**Das Bezirksamt Altona**

Amtl. Anz. S. 1262

### Änderung von Wochenmärkten

Auf Grund von § 69b der Gewerbeordnung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S. 202), zuletzt geändert am 17. Juli 2009 (BGBl. I S. 2091), wird bekannt gegeben:

Aus Anlass des Eidelstedter Stadtteilstes wird der Wochenmarkt Eidelstedt, Alte Elbgaustraße, an den Markttagen 3. und 4. September 2010 auf die Fläche der Lohkampstraße zwischen Ekenknick und AKN verlegt. Die Marktzeiten bleiben unverändert (freitags von 8.30 Uhr bis 18.00 Uhr, sonnabends von 8.30 Uhr bis 13.00 Uhr).

Hamburg, den 21. Juli 2010

**Das Bezirksamt Eimsbüttel**

Amtl. Anz. S. 1262

## ANZEIGENTEIL

### Behördliche Mitteilungen

#### Bauaufträge – Öffentliche Ausschreibung

**Vergabenummer: 10 A 0416**

- a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle):  
Bundesrepublik Deutschland, diese vertreten durch die Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Amt für Bauordnung und Hochbau, Bundesbauabteilung, Pappelallee 41, 22089 Hamburg, Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 0, Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 42 - 2 06
- b) Vergabeverfahren:  
Öffentliche Ausschreibung, VOB/A  
Vergabenummer: **10 A 0416**  
**Heizungs-, Lüftungs- und Kälteanlagenbau**
- c) Art des Auftrages: **Ausführen von Bauleistungen**
- d) Ort der Ausführung:  
**BAW Außenstelle Küste,  
Wedeler Landstraße 157, 22559 Hamburg**

- e) Art und Umfang der Leistung, allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:

Allgemeine Merkmale der baulichen Anlage:  
Zentraler Serverraum KP II, Maßnahme 2256

Art der Leistung:

Errichtung einer Kaltwasseranlage mit einer Systemauslegung von 165 kW Kühlleistung. Der derzeitige Bedarf von ca. 75 kW sollen von einem Absorber (50 kW) und einem vorhandenen umzusetzenden 30 kW-Kaltwassersatz (redundant) erfolgen. Die Redundanz des Absorbers erfolgt über einen 50 kW-Kaltwassersatz. Die MSR-Technik und Gebäudeautomation wird bauseits durchgeführt und koordiniert.

Umfang der Leistung:

Heizungsarbeiten: Anschluss Mini-BHKW (vorhanden) zum Absorber einschließlich ca. 45 m Fernwärmetrasse mit Erdarbeiten.

Kälteanlagen: Absorber mit Rückkühlwerk, Kaltwassersatz 50 kW Kälteleistung, Umsetzen Kaltwassersatz, 5000 Liter Speicher, 2 Stück 33kW-Umluftkompaktgeräte

Rohrleitungsarbeiten: ca. 300 m DN 80 bis DN 25, ca. 80 Stück Armaturen DN wie vor.

- f) Aufteilung in Lose: nein
- g) Erbringen von Planungsleistungen: nein
- h) Ausführungsfrist:  
Beginn: 1. November 2010, Ende: 17. Dezember 2010
- i) Anforderung der Verdingungsunterlagen:  
Bewerbungsschluss: 6. August 2010  
Versand der Verdingungsunterlagen: 12. August 2010
- j) Entgelt für die Verdingungsunterlagen:  
Vergabenummer: **10 A 0416**  
Höhe des Entgeltes: 11,- Euro  
Zahlungsweise: Banküberweisung (Bargeld, Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.)  
Empfänger:  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,  
Anschrift siehe Buchstabe a)  
Kontonummer: 1 027 210 333, BLZ: 200 505 50,  
Geldinstitut: Hamburger Sparkasse  
IBAN: DE 22 200 505 50 1027 210333  
BIC-Code: HASPDEHHXXX  
Verwendungszweck:  
Kauf der Verdingungsunterlagen 10 A 0416  
Fehlt der Verwendungszweck auf Ihrer Überweisung, so ist die Zahlung nicht zuordenbar und Sie erhalten keine Unterlagen.  
Hinweis:  
Die Vergabeunterlagen können nur versandt werden, wenn  
– auf der Überweisung der Verwendungszweck angegeben wurde,  
– gleichzeitig mit der Überweisung die Vergabeunterlagen per Brief oder E-Mail (unter Angabe der vollständigen Firmenadresse) bei der Vergabestelle (siehe Buchstabe a)) angefordert wurden,  
– die Kasse die Einzahlung bestätigt hat.  
Das eingezahlte Entgelt wird nicht erstattet.
- o) Angebotseröffnung:  
7. September 2010, 10.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe a)
- t) Ablauf der Zuschlags- und Bindefrist:  
7. Oktober 2010
- v) Geforderte Eignungsnachweise:  
Mit dem Angebot sind vorzulegen: Eigenerklärung zur Eignung (Formblatt 124).
- u) Sonstige Angaben:  
Auskünfte zum Verfahren und zum technischen Inhalt erteilt:  
Anschrift siehe Buchstabe a)  
Herr Gerth, Telefon: +49 (0)40/4 28 42 - 2 34  
Nachprüfung behaupteter Verstöße: –  
Nachprüfungsstelle nach § 31 VOB/A:  
Freie und Hansestadt Hamburg,  
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,

Amt für Bauordnung und Hochbau,  
Bundesbauabteilung,  
Stabsstelle Recht – BBA R –,  
Pappelallee 41, 22089 Hamburg,  
Telefon: +49 (0)40/4 28 42 - 4 50,  
Telefax: +49 (0)40/4 28 42 - 2 06

Hamburg, den 19. Juli 2010

**Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt**  
– Bundesbauabteilung –

772

### Auftragsbekanntmachung

#### ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**  
Offizielle Bezeichnung:  
Finanzbehörde Hamburg  
Postanschrift:  
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland  
Kontaktstelle(n):  
Zu Händen: Hauptgeschäftszimmer (Raum 100),  
Telefon: + 49 (0)40 / 4 28 23 - 14 27,  
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 23 - 13 64,  
E-Mail: sascha.voelker-klein@fb.hamburg.de  
Internet-Adresse (URL):  
Hauptadresse des Auftraggebers (URL):  
www.ausschreibungen.hamburg.de  
Weitere Auskünfte erteilen:  
andere Stellen: siehe Anhang A.I  
Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:  
den oben genannten Kontaktstellen  
Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:  
die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**  
Regional- oder Lokalbehörde  
Allgemeine öffentliche Verwaltung  
Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

#### ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:  
Bergung und Transport polizeilich in amtliche Verwahrung genommener oder beschlagnahmter Leichen, Leichenteile und totgeborener Leibesfrüchte.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:  
(c) Dienstleistung  
Dienstleistungskategorie: Nr. 2  
Hauptort der Dienstleistung: Hamburg  
Nuts-Code: DE 600

- II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:  
Öffentlicher Auftrag
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:  
Bergung und Transport polizeilich in amtliche Verwahrung genomener oder beschlagnahmter Leichen, Leichenteile und totgeborener Leibesfrüchte.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)  
Hauptgegenstand: 60100000
- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Ja  
Die Angebote sollten wie folgt eingereicht werden: für ein oder mehrere Lose.
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang: –
- II.2.2) Optionen: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung**  
Dauer in Monaten: 48

### ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: –
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: –
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister  
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit  
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit  
Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –
- III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: –

- III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Nein
- III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen: Nein

### ABSCHNITT IV: VERFAHREN

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart : Offenes Verfahren
- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis
- IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsinformationen**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:  
2010000018–153-0/3
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:  
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung  
Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen:  
23. August 2010, 14.00 Uhr  
Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja  
Preis: 5,- Euro  
Zahlungsbedingungen und -weise:  
Über das Online-Portal Hamburg-Service ([www.hamburg.gateway.de](http://www.hamburg.gateway.de)) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren. Dort werden Ihnen die Verdingungsunterlagen kostenfrei zur Verfügung gestellt.  
Die Ausschreibungsunterlagen können auch schriftlich gegen Voreinsendung von 5,- Euro an die Finanzbehörde Hamburg, Hauptgeschäftsstelle, Zimmer 100, Postbank Hamburg, Kontonummer 391 336-206, BLZ 200 100 20, unter Angabe der Projektnummer: 2010000018 abgefordert oder montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr eingesehen oder erworben werden.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:  
30. August 2010, 14.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch

- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:  
Bis 15. November 2010
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:  
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

Kontaktstelle(n):  
zu Händen von Herrn Sascha Völker-Klein,  
Telefax: + 49 (0)40 / 4 28 23 - 13 64,  
E-Mail: sascha-voelker-klein@fb.hamburg.de

#### ANHANG B

##### ANGABE ZU DEN LOSEN

#### ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

- VI.1) **Dauerauftrag:** Nein
- VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein
- VI.3) **Sonstige Informationen:**  
Auf Grund von § 23 S. 2 VgV wird festgelegt, dass das vorliegende Vergabeverfahren nach den Verfahrensvorschriften der Verdingungsordnung für Leistungen – Teil A (VOL/A) – Ausgabe 2006, in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. April 2006 (BAnz. Nr. 100 a), abgewickelt wird.
- VI.4) **Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren  
Offizielle Bezeichnung:  
Vergabekammer bei der Finanzbehörde  
Postanschrift:  
Rödingsmarkt 2, 20459 Hamburg, Deutschland
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen  
Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:  
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nummer 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird. Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nummer 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
19. Juli 2010

#### ANHANG A

##### SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind:**  
Offizielle Bezeichnung:  
Finanzbehörde Hamburg  
Postanschrift:  
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland

##### Los-Nr. 1

**Bezeichnung:** Bergung und Transport polizeilich in amtliche Verwahrung genommener oder beschlagnahmter Leichen, Leichenteile und totegeborener Leibesfrüchte in der Region Innenstadt/West

- 1) **Kurze Beschreibung:**  
Leichentransporte in der Region Innenstadt/West
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**  
Hauptgegenstand: 60100000
- 3) **Menge oder Umfang:** ca. 700 Transporte p.a.
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen:** –

##### Los-Nr. 2

**Bezeichnung:** Bergung und Transport polizeilich in amtliche Verwahrung genommener oder beschlagnahmter Leichen, Leichenteile und totegeborener Leibesfrüchte in der Region Ost

- 1) **Kurze Beschreibung:**  
Leichentransporte in der Region Ost
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**  
Hauptgegenstand: 60100000
- 3) **Menge oder Umfang:** ca. 860 Transporte p.a.
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen:** –

##### Los-Nr. 3

**Bezeichnung:** Bergung und Transport polizeilich in amtliche Verwahrung genommener oder beschlagnahmter Leichen, Leichenteile und totegeborener Leibesfrüchte in der Region Süd und Bereich Wasserschutzpolizei

- 1) **Kurze Beschreibung:**  
Leichentransporte in der Region Süd und Bereich Wasserschutzpolizei
- 2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**  
Hauptgegenstand: 60100000
- 3) **Menge oder Umfang:** ca. 740 Transporte p.a.
- 4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:** –
- 5) **Weitere Angaben zu den Losen:** –

Hamburg, den 19. Juli 2010

Die Finanzbehörde

**Auftragsbekanntmachung****ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER**

- I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**  
 Offizielle Bezeichnung:  
 Finanzbehörde Hamburg  
 Postanschrift:  
 Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland  
 Kontaktstelle(n):  
 Hauptgeschäftszimmer (Raum 100)  
 Telefax: 040/4 28 23 - 14 02  
 E-Mail: samuel.kueppers@fb.hamburg.de  
 Internet-Adresse:  
 Hauptadresse des Auftraggebers:  
 www.ausschreibungen.hamburg.de  
 Weitere Auskünfte erteilen:  
 andere Stellen: siehe Anhang A.I  
 Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende  
 Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den  
 wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches  
 Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:  
 den oben genannten Kontaktstellen  
 Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:  
 die oben genannten Kontaktstellen
- I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers  
 und Haupttätigkeit(en)**  
 Regionale oder lokale Agentur/Behörde  
 Allgemeine öffentliche Verwaltung  
 Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auf-  
 trag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

**ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND**

- II.1) **Beschreibung**
- II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den Auftrag-  
 geber:  
 Glas- und Gebäudereinigung in der Gesamt-  
 schule Eidelstedt.
- II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lie-  
 ferung bzw. Dienstleistung:  
 (c) Dienstleistung  
 Dienstleistungskategorie: Nr. 14  
 Hauptort der Dienstleistung: Hamburg  
 Nuts-Code: DE 600
- II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:  
 Öffentlicher Auftrag
- II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –
- II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaf-  
 fungsvorhabens:  
 Glas- und Gebäudereinigung in einer Schule.
- II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge  
 (CPV)  
 Hauptgegenstand: 90919300  
 Ergänzende Gegenstände: 90911300

- II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkom-  
 men (GPA): Ja
- II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein
- II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein
- II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**
- II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:  
 Rund 10 700 m<sup>2</sup> Fläche zuzüglich Glas.  
 Geschätzter Wert ohne MwSt.: 465 200,- Euro
- II.2.2) Optionen: Nein
- II.3) **Vertragslaufzeit bzw.  
 Beginn und Ende der Auftragsausführung:**  
 Beginn: 1. Januar 2011

**ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFT-  
 LICHE, FINANZIELLE UND TECHNI-  
 SCHE INFORMATIONEN**

- III.1) **Bedingungen für den Auftrag**
- III.1.1) Geforderte Kauttionen und Sicherheiten: –
- III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedin-  
 gungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vor-  
 schriften: –
- III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der  
 Auftrag vergeben wird: –
- III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auf-  
 tragsausführung: Nein
- III.2) **Teilnahmebedingungen**
- III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers  
 sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in  
 einem Berufs- oder Handelsregister  
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind,  
 um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –
- III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähig-  
 keit  
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind,  
 um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –
- III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit  
 Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind,  
 um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen: –
- III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: –
- III.3) **Besondere Bedingungen für  
 Dienstleistungsaufträge**
- III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem  
 besonderen Berufsstand vorbehalten: Nein
- III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die  
 berufliche Qualifikation der Personen angeben,  
 die für die Ausführung der betreffenden Dienst-  
 leistung verantwortlich sein sollen: Nein

**ABSCHNITT IV: VERFAHREN**

- IV.1) **Verfahrensart**
- IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren

- IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –
- IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –
- IV.2) **Zuschlagskriterien**
- IV.2.1) Zuschlagskriterien:  
Wirtschaftlich günstigstes Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Verdingungs-/Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.
- IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein
- IV.3) **Verwaltungsinformationen**
- IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:  
2010000067
- IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:  
Nein
- IV.3.3) Bedingungen für Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung  
Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: 7. September 2010  
Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja  
Preis: 5,- Euro  
Zahlungsbedingungen und -weise:  
Über das Online-Portal Hamburg-Service ([www.hamburg.gateway.de](http://www.hamburg.gateway.de)) können Sie sich für die elektronische Vergabe registrieren. Dort werden Ihnen die Verdingungsunterlagen kostenfrei zur Verfügung gestellt.  
Die Ausschreibungsunterlagen können auch schriftlich gegen Vorabinsendung von 5,- Euro an die Finanzbehörde Hamburg, Hauptgeschäftsstelle, Zimmer 100, Postbank Hamburg, Kontonummer 391 336 - 206, BLZ 200 100 20, unter Angabe der Projektnummer: 2010000067 abgefordert oder montags bis freitags von 9.00 Uhr bis 14.00 Uhr eingesehen oder erworben werden.
- IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:  
14. September 2010, 14.00 Uhr
- IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –
- IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch
- IV.3.7) Bindefrist des Angebots:  
Bis 8. Dezember 2010
- IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:  
Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein

**ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN**

- VI.1) **Dauerauftrag:** Nein
- VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein
- VI.3) **Sonstige Informationen:**  
Auf Grund von § 23 S. 2 VgV wird festgelegt, dass das vorliegende Vergabeverfahren nach den Verfahrensvorschriften der Verdingungsordnung für Leistungen – Teil A (VOL/A) – Ausgabe 2006, in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. April 2006 (BAnz. Nr. 100 a), abgewickelt wird.
- VI.4) **Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren**
- VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren  
Offizielle Bezeichnung:  
Vergabekammer bei der Finanzbehörde  
Postanschrift:  
Rödingsmarkt 2, 20459 Hamburg, Deutschland
- VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)  
Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:  
Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nummer 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird. Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nummer 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.
- VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –
- VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
21. Juli 2010

**ANHANG A****SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN**

- I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind:**  
Offizielle Bezeichnung:  
Finanzbehörde Hamburg  
Postanschrift:  
Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland  
Kontaktstelle(n):  
Zu Händen Herrn Samuel Küppers  
Telefax: 040/4 27 92 - 37 96  
E-Mail: [samuel.kueppers@fb.hamburg.de](mailto:samuel.kueppers@fb.hamburg.de)  
Internet-Adresse:  
[www.ausschreibungen.hamburg.de](http://www.ausschreibungen.hamburg.de)

Hamburg, den 21. Juli 2010

**Die Finanzbehörde**

**Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein**  
**- Anstalt des öffentlichen Rechts -**  
**Geschäftsjahr 2009**

*Lagebericht*

Das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein – das Statistikamt Nord – ist zum 01.01.2004 als Anstalt öffentlichen Rechts durch Zusammenführung der beiden ehemaligen Statistischen Landesämter Hamburg und Schleswig-Holstein errichtet worden. Vorrangige Zielsetzung der Fusion war die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit im neu geschaffenen gemeinsamen Statistikamt durch die Erzielung von Effizienzsteigerungen und Synergieeffekten unter Wahrung der sozialen Belange der Beschäftigten.

### **1. Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf**

#### Rahmenbedingungen

Das Personalbudget wurde in den letzten vier Jahren jeweils um 3 Prozent abgesenkt. In den Jahren 2004 und 2005 – der Aufbau- und Umbauphase des neuen Amtes – hatten dem Statistikamt Nord die überrollten Haushaltsbudgets (aus den Länderhaushalten des Jahres 2003) ungekürzt zur Verfügung gestanden. Auch für das kommende Jahr 2010 sind weitere Kürzungen des Personalbudgets vorgesehen. Damit soll für die Jahre 2006 bis 2010 insgesamt eine Absenkung um 15 Prozent bzw. eine Einsparsumme von etwa 3 Mio. € erzielt werden.

#### Vermögenslage

Die wesentlichen Vermögens- und Schuldposten sind – wie bereits in den Vorjahren – die Forderungen gegen die Anstaltsträger aus den übergeleiteten Beschäftigungs- und Dienstverhältnissen mit 46,2 Prozent (13.903 T€) der Bilanzsumme (2008: 50,1 Prozent entsprach 13.023 T€) sowie die korrespondierenden Verpflichtungen gegenüber den Angestellten und Beamten mit 78,9 Prozent (23.733 T€) der Bilanzsumme (2008: 85,0 Prozent entsprach 22.104 T€). Die Forderungen sind durch Staatsvertrag bzw. Freihalteerklärungen der Anstaltsträger begründet.

Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen wurden durch die Anstaltsträger zur Erbringung ihres Kapitalanteils zu Verkehrswerten eingebracht und über die jeweilige Restnutzungsdauer abgeschrieben. Es ist bei einer Überdeckung von 3.626 T€ ausschließlich eigenkapital-finanziert. Die Eigenkapitalquote des Statistikamtes Nord beträgt 15,5 Prozent.

Von den durch die Kasse.Hamburg der Finanzbehörde Hamburg verwahrten Geldmitteln sind 2.862 T€ (2008: 2.279 T€) zweckgebunden zur Erfüllung zukünftiger Versorgungsverpflichtungen zu verwenden. Zusätzlich wurde mit Wirkung vom 01.12.2006 eine Rückdeckungsversicherung in Form von Renten- und Kapitalversicherungen abgeschlossen.

Die Finanzierung des Statistikamtes Nord wird nahezu ausschließlich durch Zuschüsse der Trägerländer Hamburg und Schleswig-Holstein sichergestellt. Diese gehen als Transfererträge in das Jahresergebnis ein und beeinflussen damit den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt 3.567 T€, aus der Investitionstätigkeit ./ 1.355 T€ und aus der Finanzierungstätigkeit 0 T€, so dass sich eine Erhöhung des bei der Kasse.Hamburg verwahrten Finanzmittelbestandes zum 31.12.2009 in Höhe von 2.220 T€ und eine

Senkung des laufenden Finanzmittelbestandes um ./ 8 T€ ergibt.

#### Ertragslage

Das Unternehmen wird das Geschäftsjahr mit einem Jahresergebnis von 1.822 T€ abschließen (2008: -381,0 T€). Somit ergibt sich ein Gewinnvortrag von 2.737 T€ (2008: 915,2 T€).

#### Zuschuss und Erträge

Das Statistikamt Nord ist aufgrund der hauptsächlich öffentlichen Tätigkeiten nahezu ausschließlich zuschuss-finanziert.

Zuschüsse für den laufenden Betrieb, Investitionen und Versorgungsleistungen durch die Trägerländer wurden dem Statistikamt Nord monatlich überwiesen. Im Laufe des Jahres 2009 wurde somit ein Zuschuss in Höhe von 28.147 T€ bereitgestellt.

Die Leistungserlöse des Statistikamtes Nord beliefen sich in 2009 auf 302 T€.

Die sonstigen betrieblichen Erträge basieren im Wesentlichen auf Ansprüchen des Statistikamtes Nord aus den übergeleiteten Beschäftigungsverhältnissen gegen die Anstaltsträger. Die Berechnungen erfolgen durch einen Versicherungsmathematiker. Darüber hinaus sind Erstattungen für Personalausgaben sowie Beträge aus der Ausbuchung von Verbindlichkeiten und Rückstellungen enthalten.

Weiterhin wird der Ertrag aus dem Anstieg des Deckungskapitals bezüglich der abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen ausgewiesen (siehe Erläuterung zu den sonstigen Aufwendungen).

#### Aufwendungen für bezogene Leistungen (Statistikproduktion, Rechenzentrumsleistungen)

Aufwendungen für die Statistikproduktion entstanden insbesondere durch den Abschluss von Interviewverträgen, Werkverträgen, zu zahlende Prämien an Datenlieferanten sowie durch Verträge, die mit externen Dienstleistern geschlossen wurden. Abweichungen gegenüber dem Vorjahr resultieren aus geänderten Rhythmen in der Erhebung bzw. turnusmäßigen Vollerhebungen.

Darüber hinaus wurden die Rechenzentrumsleistungen von Dataport in Anspruch genommen. Entsprechend des mit Dataport abgeschlossenen Rahmenvertrages erfolgte eine Senkung der Kosten für Rechenzentrumsleistungen gegenüber 2008 von 3.750 T€ um 350 T€ auf 3.400 T€.

#### Personalaufwand

Der Personalaufwand betrug im Jahr 2009 19.521 T€, das sind 67,0 Prozent der Gesamtaufwendungen in Höhe von 29.149 T€ (2008: 18.934,8 T€, 66,0 Prozent der Gesamtaufwendungen in Höhe von 28.668 T€). Die Personalausgaben im engeren Sinne – Löhne und Gehälter sowie die Beamtenbesoldungen – betragen im Jahr 2009 15.197 T€ (im Vorjahr 14.840 T€).

Die Zahl der Beschäftigten ist im Berichtsjahr 2009 leicht angestiegen. Zum 31.12.2008 betrug die Beschäftigtenzahl insgesamt 400 (davon 356 Angestellte und 44 Beamtinnen bzw. Beamte). Am 31.12.2009 betrug die aktive Beschäftig-

tenzahl insgesamt 402, (davon 360 Angestellte und 42 Beamtinnen bzw. Beamte).

Zum Jahresbeginn 2009 wurden 369,5 Vollzeitstellen (Äquivalente) gezählt, am Jahresende waren es 372,4. Die Zahl der Vollzeitstellen erhöhte sich somit um 2,9 oder 0,8 Prozent.

#### Abschreibungen und Investitionen

Das Anlagevermögen (ohne Finanzanlagen) hat sich 2009 um 37 T€ auf 1,05 Mio. € verringert. Den Investitionen in Höhe von 408 T€ stehen Abschreibungen in Höhe von 444 T€ gegenüber. Bei den Investitionen handelt es sich überwiegend um Ersatzinvestitionen im Hard- und Softwarebereich.

Die Abschreibungen unterschreiten die Veranschlagung im Wirtschaftsplan 2009 um 112 T€.

#### Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten insbesondere die Ausgaben für den Gebäudeaufwand, für IT-Betriebsmittel, Gebühren, Reisekosten sowie übrige betriebliche Aufwendungen.

Für zu erwartende nachlaufende Mehrkosten für Miete, Bewirtschaftung, Energieabrechnung und Versicherung der Gebäude wurden 28 T€ zurückgestellt.

Die Abweichung bei den übrigen betrieblichen Aufwendungen ergibt sich hauptsächlich aus den Beiträgen zur Rückdeckungsversicherung. Das Statistikamt Nord hat am 01.12.2006 eine Rückdeckungsversicherung zur Absicherung der den Beschäftigten nach Anstaltsgründung zustehenden Versorgungsansprüche abgeschlossen. Die laufende Beitragszahlung (ohne Hinterbliebenenversicherung) für 2009 in Höhe von 655 T€ wird unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Demgegenüber steht ein sonstiger betrieblicher Ertrag in Höhe des durch die Beitragszahlung entstandenen Deckungskapitals von 949 T€ und Auszahlungen aus den Rentenversicherungen von 20 T€. Daneben wurden Beiträge zur Hinterbliebenenabsicherung in Höhe von 59 T€ geleistet, wobei 44 T€ das Wirtschaftsjahr 2009 betreffen.

Das Deckungskapital und der Wert der Fondanteile dieser Versicherung betragen zum Bilanzstichtag 7.117 T€ und werden unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

Basis für die Veranschlagung der IT-Betriebsmittel im Wirtschaftsplan sind die Anmeldungen zum entsprechenden IT-Planverfahren der Freien und Hansestadt Hamburg. Durch die unterschiedlichen Ansätze und Buchungssysteme (Doppik/Kameralistik) kam es in diesem Jahr bei den IT-Betriebsmitteln zu einer Abweichung in Höhe von 60 T€ zum Wirtschaftsplan. Darüber hinaus wurden Rückstellungen für zentrale IT-Leistungen für den "Zensus 2011" in Höhe von 437,7 T€ gebildet, da die Rechnungslegung für bereits erbrachte Leistungen im Rahmen der Zentralen Produktion vom Statistischen Bundesamt erst zu einem späterem Zeitpunkt erfolgen wird.

#### Zinsergebnis

Durch die auf dem Pensionskonto verbliebenen Mittel zur Erfüllung zukünftiger Versorgungsansprüche nach Abzug der Beiträge für die Rückdeckungsversicherung, wurden in 2009 bei einem Zinssatz von 3,0451 Prozent p. a. 78 T€ Zinserträge erzielt (2008: 69 T€).

## **2. Statistikproduktion und Informationsverbreitung**

Das Statistikamt Nord nimmt die den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein nach Gesetz, Rechtsverordnung sowie Vereinbarung übertragenen Aufgaben auf dem Gebiet der amtlichen Statistik wahr. Dies bedeutet im Wesent-

lichen die Durchführung von im Schnitt mehr als 200 ganz überwiegend durch nationale oder europäische Gesetzgebung angeordneten Statistiken. Das Statistikamt erhebt die Daten, bereitet sie auf und interpretiert sie. Im Rahmen des föderal organisierten Statistikwesens in Deutschland beliefert es das Statistische Bundesamt innerhalb eines festen Terminplans mit Landesergebnissen für Hamburg und Schleswig-Holstein, die zur Zusammenstellung des Bundesergebnisses benötigt werden.

Im Berichtsjahr 2009 ist das zentrale Statistikprojekt der amtlichen Statistik, der Zensus 2011, immer stärker in den Fokus der Amtsarbeit gerückt. Mit dem am 08.07.2009 in Kraft getretenen Zensusgesetz 2011 (ZensG 2011) wurden die rechtlichen Grundlagen für die weiteren Arbeiten in diesem Großprojekt, für die sukzessive Erhöhung des einzusetzenden Personals und die notwendigen organisatorischen Vorkehrungen geschaffen. Zum Jahresende 2009 waren 10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Zensus-Projekt beschäftigt. Zu Beginn des Jahres 2010 sind weitere 13 Personen eingestellt worden.

Im Vordergrund der fachlichen Arbeiten haben insbesondere der Aufbau und die Pflege eines bundesweiten Anschriften- und Gebäuderegisters und eines Sonderanschriftenregisters gestanden, die als Rückgrat für die Erhebungen im Jahr 2011 dienen werden. Die zusätzlich erforderlichen landesrechtlichen Regelungen zur Umsetzung in Hamburg und Schleswig-Holstein wurden gemeinsam mit der Hamburger Behörde für Inneres beziehungsweise mit dem Schleswig-Holsteinischen Innenministerium entwickelt und werden im Jahr 2010 von den Landesparlamenten verabschiedet.

Ferner hat sich das Statistikamt intensiv beratend und unterstützend an der Entwicklung der Stichprobenverordnung gemäß § 7 Abs. 2 ZensG sowie der Verwaltungsvereinbarung zur Verteilung des Bundeszuschusses gemäß § 25 ZensG durch die jeweiligen Innenressorts beteiligt. Beide Unterlagen sollen in der ersten Hälfte 2010 rechtskräftig bzw. verbindlich werden. An den bundesweit laufenden Vorbereitungsarbeiten hat sich das Statistikamt in fünf von elf Projektgruppen sowie im Lenkungsausschuss aktiv beteiligt.

Im Jahre 2009 waren 190 verschiedene Statistiken für Hamburg und 201 für Schleswig-Holstein durchzuführen, die Zahl der Liefertermine betrug insgesamt 1.238. Die Produktion der Statistiken für beide Trägerländer findet jeweils an einem der beiden Standorte statt. Die Termintreue gegenüber dem Statistischen Bundesamt hat sich um vier Prozentpunkte auf 94 Prozent verbessert (Basis: Statistiken des „Gemeinsames Frühwarnsystem der amtlichen Statistik in Bund und Ländern (GFWS)“).

Das Amt hat sich auch im Jahr 2009 im Rahmen seiner Möglichkeiten an Fachgremien auf nationaler Ebene beteiligt. Die Mitwirkung auf internationaler Ebene beschränkte sich auf die seit vielen Jahren wahrgenommenen Verpflichtungen auf Kommissions- bzw. Ratsebene im Bereich der Agrarstatistiken. Die Beratungsfunktion für die beiden Trägerländer entwickelte sich weiterhin positiv und führte teils zu vertraglichen Vereinbarungen über statistische Auftragsarbeiten.

Wie alle anderen Statistischen Landesämter auch hat das Statistikamt Nord im Berichtsjahr wichtige Neuerungen umgesetzt. Die Anstrengungen zum verstärkten Einsatz von elektronischen (Online-)Lieferwegen und zur Nutzung von Verwaltungsdaten wurden fortgesetzt.

#### *Beispiele für wichtige Neuerungen*

- Auch im Jahr 2009 hat das Statistikamt Nord zur Entlastung der Befragten bei der Erfüllung ihrer Berichts-

pflichten die Möglichkeiten zur Online-Datenlieferung über das Internet weiter ausgebaut. Von 47 Statistiken, für die dieser Berichtsweg Anfang 2009 angeboten wurden, konnte das Angebot um weitere fünf, auf nunmehr 52 Statistiken zum Jahresende 2009 ausgeweitet werden.

- Bei der Gewerbeanzeigenstatistik konnte auch den Gewerbebeamten in Schleswig-Holstein erstmals ein elektronischer Lieferweg angeboten werden, der die bisherigen Papierlieferungen überflüssig macht und inzwischen von 36 Prozent der Ämter genutzt wird.
- Im Rahmen der Agrarstatistiken sind – auf der Basis der Prämienanträge des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems (INVEKOS) – im Jahr 2009 die Antragsdaten nicht nur in das Ergebnis der Integrierten Erhebung (Bodennutzungshaupterhebung) eingeflossen, sondern wurden gemeinsam mit den Rinderdaten aus der HIT-Datenbank (Herkunftssicherungs- und Informationssystem für Tiere) auch für die Aktualisierung des Berichtskreises für die Landwirtschaftszählung 2010 genutzt. Durch diese Verwaltungsdatennutzung hat das Statistikamt auf die Befragung der Landwirte in Schleswig-Holstein und Hamburg (im Gegensatz zu den meisten anderen Bundesländern) verzichten können.
- Im Rahmen der Straßenverkehrsunfallstatistik wurden die Datenlieferungen der Hamburger Polizei auf ein neues Verwaltungsverfahren (EusKa) mit Einrichtung einer Schnittstelle als OpenFT-Transfer über Dataport umgestellt. Dieses moderne Verfahren vereinfacht den Lieferweg und erleichtert die weitere Aufbereitung der Daten im Statistikamt.

#### *Beispiele für wichtige Arbeiten für die Trägerländer nach Vereinbarung*

Die Unterstützung der Landeswahlleitungen bei der Durchführung der Wahlen hat das Statistikamt Nord im Jahr 2009 vor große Herausforderungen gestellt: In Hamburg wurden zwei Wahlen durchgeführt, die Europawahl im Juni und die Bundestagswahl im September, die hinsichtlich Organisation und Disposition von Ressourcen einen erhöhten Planungsaufwand verursachten. Was den Umfang und die Pünktlichkeit der erwarteten Dienstleistungen angeht, haben sich die Verfahren und die Projektorganisation bewährt. Wichtige Dienste:

- Wahlbezirkseinteilung und Herausgabe eines Verzeichnisses der Wahllokale,
- Einrichtung und Betreuung des IT-Verfahrens „WahlInfo“ und Bereitstellung des Internet-Angebotes
- Erstellung einer Wahlanalyse, Vorstellung der Ergebnisse im Rahmen einer Landespressekonferenz durch den Vorstand,
- Durchführung der repräsentativen Wahlstatistiken in der Wahlnacht.

In Schleswig-Holstein war die Landeswahlleitung zusätzlich bei einem dritten Wahlgang, der vorgezogenen Landtagswahl, die gleichzeitig mit der Bundestagswahl stattfand, zu unterstützen. Die wichtigsten Dienstleistungen des Statistikamtes waren:

- Einrichtung des IT-Verfahrens „Wahlen für Windows“ bzw. des Verfahrens „WahlInfo“ sowie Bereitstellung des Internet-Angebotes,
- Prüfung der von den Kreiswahlleitungen übermittelten endgültigen Ergebnisse sowie der Wahlniederschriften, Erstellung eines endgültigen Landesergebnisses und Berichterstattung vor dem Landeswahlausschuss,
- Durchführung der repräsentativen Wahlstatistik für die Europa- und Bundestagswahlen.

Im Jahr 2009 wurde die Senatsdrucksache „Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE)“ verabschiedet. Ein Element des Rahmenplans bildet der Aufbau eines Monitorings zur sozialen Stadtteilentwicklung. An der Konzeption war das Statistikamt durch die Arbeitsgruppe „Datenmanagement“ maßgeblich beteiligt. Zur Vorbereitung eines Pilot-Monitorings ist das Statistikamt Nord mit folgenden Aufgaben beauftragt worden: der Aufbau und Betrieb eines behördenübergreifenden Datenpools sowie die Neugenerierung von Daten zu Haushalten (Haushaltgenerierung) und zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund.

Im Jahr 2009 wurden die Grunddaten gesammelt, die Indikatoren berechnet, die Haushaltgenerierung durch Analyse der Einwohnerdatei durchgeführt. Es wurde ebenfalls das technische Konzept für den Datenpool in Form eines Extranets auf der Basis des Landesinformationssystems (LIS) erarbeitet und die Beschaffungen und Installationen in die Wege geleitet.

Für Planungszwecke der Hamburger Verwaltung hat das Statistikamt Nord zusammen mit dem interbehördlichen Basisdatenausschuss eine Modellrechnung zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung in Hamburg auf Basis des Melderegisters erarbeitet. Durch die Senatsdrucksache Nr. 2009/2374 vom 08.12.2009 erging der Auftrag an die Fachbehörden, „ihre Planungen und Programme auf der Grundlage der Modellrechnung umgehend zu prüfen und gegebenenfalls anzupassen“. Die Modellrechnung geht bis zum Jahr 2025 und umfasst außer Bevölkerungszahlen auch Berechnungen zur voraussichtlichen Entwicklung von Haushalten und Erwerbspersonen.

Im Anschluss an die Berechnungen für Hamburg insgesamt legte das Statistikamt Nord eine an diese Berechnungen angepasste Modellrechnung zur zukünftigen Bevölkerungsentwicklung bis 2020 für die Hamburger Stadtteile vor, die der Basisdatenausschuss in seiner Sitzung am 12.02.2010 zustimmend zur Kenntnis nahm und die somit ebenfalls verwaltungsinterne Planungsgrundlage ist.

Bei der Wahrnehmung der zentralen Dienstleistungsfunktion des Amtes, die statistischen Ergebnisse allgemein zu veröffentlichen bzw. zugänglich zu machen, konnten weitere Fortschritte erzielt werden.

Im ersten Quartal 2009 wurde der Internetrelaunch des Amtsauftritts frei geschaltet. Die umfangreichen Vorbereitungsarbeiten hatten Mitte 2008 begonnen; in die Entwicklung wurde viel interner und externer Sachverstand einbezogen. Auslöser für den Relaunch waren vor allem die Anforderungen der Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik nach dem Behindertengleichstellungsgesetz (BITV), denen der Auftritt nun genügt. Darüber hinaus sind das Layout, die inhaltliche und äußerliche Informationsarchitektur der Website sowie die erweiterten, komfortablen Suchmöglichkeiten neu. Der barrierefreie und attraktivere Internetauftritt des Amtes bietet die Möglichkeit, weitere Nutzergruppen für die Amtsprodukte zu interessieren und möglicherweise auch für Sonderaufbereitungen zu gewinnen.

### **3. Kundenorientierte statistische Dienstleistungen: Auftragsarbeiten**

Ergänzend zu seinem Kerngeschäft hat das Statistikamt Nord wiederum von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, besondere Aufbereitungs- und Analysewünsche von Partnern und Kunden mit der Bereitstellung maßgeschneiderter Produkte gegen Entgelt zu übernehmen.

Als besonders wichtige Auftragsarbeiten sind hervorzuheben:

- Im Herbst 2009 führte das Statistikamt die nunmehr vierte Hamburger Bürgerbefragung im Auftrag der Hamburger Finanzbehörde durch. Der Adressatenkreis wurde auf rund 20.000 Hamburgerinnen und Hamburger erhöht, um erstmals repräsentative Ergebnisse auf Bezirksebene zu ermitteln. Die Rückmeldung war postalisch oder online möglich. Die Online-Erhebung wurde erfolgreich über IDEV realisiert; für die Eingangskontrolle und Belegung wurde das System SIGMA des Amtes eingesetzt.
- Die Energiebilanz 2007 des Landes Schleswig-Holstein (einschließlich einer ausführlichen Kommentierung) konnte für das Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr wie in den Vorjahren erfolgreich bearbeitet werden. Auch die Energiebilanz 2007 für Hamburg wurde im Auftrag für die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt im Jahr 2009 fertig gestellt.

#### 4. Schwerpunktthemen in den Intendanz- und Querschnittsbereichen

Auf der Basis der Ist-Ergebnisse aus der kaufmännischen Buchhaltung sowie auf der Grundlage von Kalkulationen und Hochrechnungen sind der Wirtschaftsplan 2010 sowie die mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2013 erstellt und dem Verwaltungsrat im November 2009 zur Beschlussfassung vorgelegt worden.

Im Berichtsjahr sind erstmals tarifvertraglich vorgesehene Beträge zur leistungsorientierten Bezahlung (LOB) im Umfang von insgesamt über 107.000 € auf der Grundlage des Tarifvertrages und einer Dienstvereinbarung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausbezahlt worden.

Im Berichtsjahr 2009 wurden im Rahmen der amtsinternen Fortbildung 45 Veranstaltungen mit 450 Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt. Hinzu kommen 65 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die an externen Fortbildungen teilnahmen.

Zur Bearbeitung der personenbezogenen Fortbildungsbedarfsabfrage (für das Jahr 2009) wurden Qualifizierungsgespräche nach § 5 TV AVH durch die direkten Vorgesetzten geführt. Dabei wurden 620 Bedarfsmeldungen für 26 Themen der internen Fortbildung namentlich an die AG Fortbildung abgegeben.

Auf der Grundlage der im Juli 2008 abgeschlossenen Dienstvereinbarung zur Einführung alternierender Telearbeit haben im Frühjahr des Berichtsjahres die ersten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit festgesetzter Regelmäßigkeit die Arbeit zu Hause (häusliche Arbeitsstätte) und in der Dienststelle aufgenommen. Ende 2009 waren insgesamt acht Telearbeitsplätze eingerichtet.

Zur Verringerung der krankheitsbedingten Fehlzeiten sind weitere Aktivitäten eingeleitet worden. So ist das Eingliederungsmanagement in Zusammenarbeit mit Vorgesetzten und Personalreferat systematisch verbessert worden.

Im Rahmen des Aufbaus und des Betriebs einer Kundendatenbank (CRM) erfolgten im Berichtsjahr 2009 umfangreiche Anpassungen der Standardeinstellungen an die Abläufe und Begrifflichkeiten des Statistikamtes. Nach einer ausgedehnten Testphase in den Bereichen Informationsservice, Vertrieb und Rechnungswesen sind die ersten Arbeitsgänge im Vertrieb in die Produktion überführt worden.

Auch im Jahre 2009 wurde der Aufbau des Landesinformationssystems LIS erheblich vorangetrieben. Inzwischen ist eine breite Datenbasis im System aufgebaut.

Im Februar 2008 und September 2009 hat der Lenkungsausschuss OPTIKO die Zuschläge zur Programmierung beider Tranchen einer umfangreichen Aufbereitungssoftware für die Agrarstatistiken (Projekt AGRA2010) mit

einem Programmier- bzw. Auftragsvolumen bis Ende 2010 von etwa 210 Personen-Monaten an das Statistikamt Nord erteilt. Das Programmpaket (JAVA) wird erstmalig zur im Frühjahr 2010 stattfindenden Landwirtschaftszählung eingesetzt.

Im Rahmen einer weiteren OPTIKO-Ausschreibung im September 2009 hat das Statistikamt Nord zusammen mit dem LSK Niedersachsen den Zuschlag für die Programmierung der Tabellenprogramme zur Landwirtschaftszählung 2010 und weiterer Agrarstatistiken erhalten (Projekt AGRATAB2010).

Die Aufbereitungssoftware AGRA2010 wird – wie das Vorgängerprodukt zAGRA – für alle Statistischen Ämter der Länder vom Statistikamt Nord zentral betrieben.

Auf der anderen Seite nutzt das Statistikamt Nord zentral betriebene Software in anderen Statistischen Landesämtern. Hierzu nachstehend wichtige Beispiele, Stand Ende 2009 (alphabetisch sortiert, die kursiv gesetzten sind im Jahr 2009 hinzugekommen):

Bauleistungspreise (Sachsen-Anhalt)

Baustatistiken (Baden-Württemberg)

Berufsbildungsstatistiken (Saarland)

Bevölkerungsstatistiken (Mecklenburg-Vorpommern)

*Binnenschiffahrtsstatistik (Sachsen-Anhalt)*

*Energiestatistiken (Bremen)*

Finanz-/Personalstandsstatistiken (Berlin-Brandenburg)

Hochschulstatistiken (Hessen)

*Jugendhilfestatistiken (Niedersachsen)*

Justizstatistiken (Niedersachsen)

Krankenhausstatistiken (Rheinland-Pfalz)

Sozialhilfestatistiken (Rheinland-Pfalz)

*Umsatzsteuerstatistik Veranlagungen (Baden-Württemberg)*

*Umweltstatistiken (Berlin-Brandenburg, Baden-Württemberg)*

*Verarbeitendes Gewerbe (Monatsbericht und Produktionserhebungen, NRW)*

Verbraucherpreisstatistiken (Bayern)

Verdiensterhebung, vierteljährliche (Thüringen)

Ende 2009 nutzte das Statistikamt Nord 21 externe IT-Verfahren, mit deren Hilfe 70 Statistiken aufbereitet werden. Es ist den statistischen Ämtern gelungen, den gesetzten Meilenstein des Masterplanes termingerecht zu erreichen.

Das Projekt SIGMA im Statistikamt Nord hat auch im Jahr 2009 weitere Statistiken in den inzwischen weitgehend automatisierten Gesamtprozess integrieren können. Dieser Standardprozess zur integrierten Verarbeitung des Erhebungsmaterials aus unterschiedlichen Eingangskanälen (Papierbelege, Faxeingänge sowie Online-Datenlieferungen) wurde bei zahlreichen Veranstaltungen in unterschiedlichen Statistischen Ämtern mit großem Erfolg demonstriert.

Aufgrund der besonderen Expertise in diesem Aufgabenbereich wurde das Statistikamt Nord im Juli 2009 von dem Steuerungsgremium für den Zensus mit der Umsetzung eines Referenzsystems zur Eingangsverarbeitung im Rahmen des Zensus 2011 beauftragt. Die erforderlichen konzeptionellen und Entwicklungsarbeiten werden vom Statistischen Amt des Freistaates Sachsens sowie von IT.NRW finanziert und sind in einer entsprechenden Verwaltungsvereinbarung geregelt. Die Arbeiten sollen bis zum April 2011 abgeschlossen werden. Der Support durch das Statistikamt Nord ist für diese Aufgabe bis April 2012 sicherzustellen.

## 5. Prüfung der Rechnungshöfe und Einrichtung des Projektes GESTA

Die Behörde für Inneres der Freien und Hansestadt Hamburg und das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein haben die Feststellungen und Forderungen der Landesrechnungshöfe Hamburgs und Schleswig-Holsteins von Herbst 2008 zum Anlass genommen, im Juni 2009 ein Projekt einzurichten, das die künftige Ausrichtung des Statistikamtes Nord binnen Jahresfrist grundlegend prüfen soll. Das Projekt hat insbesondere folgende Aufträge:

- Analyse, Aufbereitung und Darstellung eines Ein-Standort-Modells für das Statistikamt im Rahmen einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung,
- Fortentwicklung des Geschäftsmodells mit den wesentlichen Bestandteilen der Erarbeitung der strategischen Ausrichtung für die nächsten fünf bis zehn Jahre und der Aufstellung eines Personalentwicklungskonzeptes,
- Entwicklung eines neuen Führungsmodells, das von nur noch einem Vorstandsmitglied ausgeht.

Der Projektgruppe gehören Mitglieder der Behörde für Inneres, des Innenministeriums und des Statistikamtes Nord an. Unterstützt wird die Projektarbeit durch das Beratungsunternehmen Peters & Co. GmbH.

Am 08.02.2010 hat das Projekt eine Kurzfassung des Ergebnisses der Lenkungsgruppe GESTA zum Teilauftrag Standorte bekannt gegeben. Danach votiert GESTA für einen optimierten Status-quo unter Beibehaltung der beiden bisherigen Standorte.

Des Weiteren sind im Jahr 2009 verschiedene Stellungnahmen zu einzelnen Prüfungsbefunden erarbeitet und den Rechnungshöfen zugeleitet worden, so abschließende Berichte zu den Projekten POSEIDON und APROPO. Zur Aktenführung im Statistikamt ist inzwischen im Rahmen einer Geschäftsprozessverfügung eine verbindliche Regelung getroffen worden.

## 6. Ausblick, Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Das Statistikamt Nord hat sich in den vergangenen sechs Jahren als eine gemeinsame Einrichtung der beiden Länder Hamburg und Schleswig-Holstein etablieren können, und zwar in der Wahrnehmung sowohl von Auskunftspflichtigen und Statistiknutzern, als auch von Medien, Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Verbänden.

Gemessen an den Personalbudgets beider ehemaliger Statistischer Landesämter für das Jahr 2004 sind die Personalkosten ab dem Jahr 2006 bis 2010 von Jahr zu Jahr um 3 Prozent zu kürzen. Das entspricht 15 Prozent in fünf Jahren oder einer **Einsparsumme** von etwa 3 Mio. €. Die Einsparungen – so sieht es der Staatsvertrag vor – sollen durch Ausnutzung der Personalfuktuation, also in Folge von frei werdenden Stellen erbracht werden. Um das zu erreichen, werden weitere Anstrengungen insbesondere in den Bereichen Prozessoptimierung und Einsparungen bei Sachaufwendungen unternommen. Nach bisherigen Planungen wird davon ausgegangen, dass das Einsparvolumen – bezogen auf den bei Fusion vorhandenen Aufgabenbestand – durch Einsparungen bei den Personalkosten bis Ende 2010 erzielt werden kann.

Eine weitere Herausforderung sind die Konsolidierungen, die für den Doppelhaushalt 2011/2012 vorgesehen sind und unter anderem in Abhängigkeit der Arbeitsergebnisse des Projektes GESTA festgelegt werden. Für den Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg wird in 2011 ein Einsparbeitrag des Statistikamtes Nord in Höhe von 100 T€, in 2012 von 200 T€ und in 2013 von 300 T€ angestrebt. Für den Haushalt des Landes Schleswig-Holstein wird mit einer

zusätzlichen Konsolidierungsvorgabe in ähnlicher Höhe gerechnet.

Auch im Jahr 2010 wird die Erarbeitung von Vorlagen zur Umsetzung der Vorschläge und Forderungen der beiden **Landesrechnungshöfe** eine wichtige Aufgabenstellung bleiben. So sind zu verschiedenen Punkten noch Unterlagen fertig zu stellen und den Rechnungshöfen zu kommen zu lassen. Die voraussichtlich im Herbst 2010 vorliegenden Empfehlungen des Projektes GESTA an die Lenkungsgruppe werden möglicherweise einen erheblichen Einfluss auf die Zukunft des Statistikamtes haben, zum Beispiel das Geschäftsmodell und die Schlussfolgerungen aus der Analyse der Vor- und Nachteile eines Ein- bzw. Zwei-Standorte-Modells.

Die mit dem **Projekt SIGMA** gewonnenen Erfahrungen in den Bereichen Prozess-Standardisierung und -Automation bringt das Statistikamt Nord erfolgreich in den Statistischen Verbund ein und kooperiert in unterschiedlichen Bereichen mit anderen Statistischen Landesämtern. Um die SIGMA-Prozesse in die Regelproduktion des eigenen Hauses zu integrieren, sind die entsprechenden technischen und personellen Ressourcen bereitzustellen, um eine ausreichende Produktionssicherheit herzustellen.

Weiterhin ist das Statistikamt Nord konzeptionell an der gemeinsam mit dem Statistischen Bundesamt durchgeführten Entwicklung einer übergreifenden Infrastruktur (**Eingangsdatenbank**) beteiligt. Diese wird zukünftig Datenerhebung und -bereitstellung auch unter den Gesichtspunkten der Zentralen IT-Produktion und Datenhaltung (ZPD) weiter vereinfachen und vereinheitlichen und die Prozesse des Projekts SIGMA unterstützen.

Mit dem Fortschritt beim Aufbau des **Landesinformationssysteme LIS** besteht die Möglichkeit weitere Synergieeffekte zu erreichen. Durch den Einsatz des LIS lassen sich deutliche Verkürzungen der Antwortzeiten bei Auskunftersuchen und eine Reduzierung der Aufwände für die Auswertung und die Veröffentlichung von Statistikergebnissen erzielen.

Die Architektur des Systems ermöglicht es, das LIS direkt in das Internetangebot des Statistikamtes Nord zu integrieren und somit die breite Versorgung mit statistischen Daten erheblich zu verbessern und dabei gleichzeitig die internen, Auskünfte gebenden Stellen zu entlasten. Die Integration des LIS in das Internet-Angebot des Statistikamtes Nord soll im Sommer 2010 durch die „Online-Datenbank“ erfolgen, das zu einem späteren Zeitpunkt um das zusätzliche Angebot „Meine Region“ ergänzt werden soll.

Der Betrieb des **Forschungsdatenzentrums (FDZ)** kann aufgrund überzähliger Forschungsmittel in allen beteiligten Bundesländern über das Jahresende 2009 hinaus bis zum 31.08.2010 weiter aufrechterhalten werden. Da die Abstimmungen der Dienstaufsichten über eine dauerhafte Finanzierung dieser Einrichtung noch nicht abgeschlossen sind, ist die zukünftige Durchführung dieser Aufgabe zurzeit ungeklärt.

Vor großen Herausforderungen wird das Statistikamt, wie für die amtliche Statistik insgesamt, insbesondere in den Jahren 2010 und 2011 durch den **Zensus 2011** stehen. Die bundesweit laufenden Vorbereitungsarbeiten unter der Koordination durch das Statistische Bundesamt liegen erkennbar hinter der Termin- und Aufgabenplanung zurück. Unabhängig von den noch endgültig abzustimmenden fachlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen soll das Zensus-Referat bis zum Jahresende 2010 auf ca. 75 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anwachsen und ab Ende 2011 wieder sukzessive zurückgebaut werden.

Für die mit dem Einsatz des erheblichen Personalzuwachses entstehenden erhöhten Anforderungen an die Service-/Querschnittsbereiche sollen aus dem Zensus-Budget finanziert werden. Zur Koordinierung der notwendigen Vorbereitungsarbeiten ist eine regelmäßige Besprechungsrunde eingerichtet worden.

Inwieweit Prioritätsentscheidungen zugunsten des Zensus 2011 zu einer Verschiebung bei anderen Amtszielen und -projekten führen wird, ist derzeit nicht absehbar.

Eine besondere Bedeutung für den Zensus 2011 haben auch die Arbeiten im Projekt SIGMA bzw. zur Eingangsdatenbank. Mit dem Einsatz der Eingangsdatenbank in Verbindung mit der elektronischen Belegung und Archivierung sollen eine einheitliche Technologie und standardisierte Verarbeitungsschritte für die Großerhebung in allen statistischen Ämtern eingeführt werden.

Darüber hinaus plant das Amt im Rahmen eines Projektes „Integrierte Eingangsverarbeitung und Belegung Zensus 2011“ ein Eingangsverarbeitungszentrum aufzubauen, das die Eingangsverarbeitung, elektronische Belegung und Archivierung der Erhebungsunterlagen des Zensus durchführt. Vorgesehen ist, diese Dienstleistung auch anderen statistischen Landesämtern anzubieten. Interesse hierzu wurde von den Ländern Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen bekundet. Entsprechende Verhandlungen sind mit Beginn des Jahres 2010 angelaufen.

Eine besondere Herausforderung stellt die Umsetzung der IT-Sicherheit des (Kern-)Zensus und des Referenzsystems zur Eingangsverarbeitung dar. Hier sollen mit externer Unterstützung erste Maßnahmen für einen Grundschutz nach BSI (Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik) konzipiert und umgesetzt werden.

Nach elf Jahren wird im Jahr 2010 wieder eine europaweit angeordnete **Landwirtschaftszählung (LZ)**, diesmal in Kombination mit der Erhebung der landwirtschaftlichen Produktionsmethoden (ELPM), durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Erhebungen dienen der Evaluation agrarpolitischer Maßnahmen bzw. fließen in die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik 2013 ein. In beiden Bundesländern werden landwirtschaftliche Betriebe, die eine bestimmte Mindestgröße aufweisen (in Hamburg rd. 1000, in Schleswig-Holstein knapp 16.500), zu einer Vielzahl von Sachverhalten befragt. So umfasst der Fragebogen für die Betriebe, die auch zur ELPM berichtspflichtig sind, 36 Seiten.

Um die Verweigerungsraten und den damit einhergehenden Aufwand möglichst gering zu halten, wurde im Vorfeld der Erhebungen der Sinn und Zweck der LZ intensiv mit Multiplikatoren und Berufsverbänden kommuniziert. Eine besondere organisatorische Herausforderung gegenüber früheren Zählungen stellt das in diesem Umfang erstmalige Zusammenführen der direkt erhobenen Daten mit Angaben aus verschiedenen Verwaltungsquellen dar, die zur Entlastung der Auskunftspflichtigen genutzt werden. Auch die Lieferfristen sind, gemessen an früheren Agrarstrukturerhebungen, ehrgeiziger.

Im Jahr 2010 werden wesentliche Voraussetzungen geschaffen, um das statistische **Unternehmensregister** im Jahr 2011 auf eine ganz neue konzeptionelle Grundlage zu stellen. Der Umstieg auf das neue Unternehmensregister dient insbesondere dazu, die EU Anforderungen – zum Beispiel zu Unternehmensdemographien – deutlich besser zu erfüllen. Daneben soll aber auch die Anbindung der einzelnen Statistiken an das Unternehmensregister durch die Einführung von Erhebungssatelliten erleichtert werden.

Im Jahr 2010 werden die Stichproben in den Erhebungen für den **Handel und das Gastgewerbe** so umgestellt, dass jährlich ein Teil der Unternehmen aus der Auskunftspflicht entlassen und ein anderer Teil in die Auskunftspflicht ein-

bezogen wird. Damit soll – soweit möglich – die Belastung der einzelnen Stichprobenunternehmen reduziert werden. Das Verfahren der rollierenden Stichprobe wird auch von anderen Statistikbereichen – z.B. im Hinblick auf die Ergebnisstabilität – mit Interesse verfolgt, die Einführung in der Verdiensterhebung ist im Jahr 2012 geplant.

Im Jahr 2010 soll ein Projekt zur Modernisierung des Aufbereitungsverfahrens für die **Schulstatistik** in Schleswig-Holstein beginnen, da das bisher eingesetzte nicht mehr wirtschaftlich zu pflegen war. Unter anderem soll dabei die Eignung einzelner SteP-Werkzeuge des Statistikverbundes (PL-Editor und PL-Ablaufumgebung) evaluiert und – bei positiver Beurteilung – auch für weitere Statistikbereiche genutzt werden.

Die Ablösung der Großrechnerplattform und die Einführung der ZPD erfordert auch eine **Modernisierung der bisherigen Verfahrensbetreuung**. Durch Fortbildungsmaßnahmen und kleinere Projekte sollen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der zuständigen IT-Sachgebiete in die neuen Technologien und Betriebsmodelle eingeführt werden.

Schließlich sollen die erweiterten Anforderungen (Erhöhung der Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit bei steigenden Datenvolumina) an die Infrastruktur für den Datenaustausch im Verbund durch Neuentwicklungen abgedeckt werden. Das Statistikamt Nord beteiligt sich an diesen Entwicklungen im Rahmen eines Projektes für ein neues DVE-Verfahren und der Entwicklung der Eingangsdatenbank.

Der seit 2004 gültige **Dataport-Pauschalvertrag** wurde 2009 gekündigt und wird durch ein neues Vertragswerk ersetzt, indem für das Statistikamt Anreize für einen sparsameren Ressourcenverbrauch geschaffen wurden. U. a. wurden bereits umfangreiche Kürzungen der beabsichtigten Leistungsmengenabnahme integriert, die 2010 und 2011 zu erwirtschaften sind. Hierfür ist die Etablierung eines ganzheitlichen Dataport-Controllings (von der Auftragsvergabe bis zur Abrechnung) erforderlich. Erste Maßnahmen wurden hier bereits umgesetzt.

Durch eine IT-Kundenbefragung und die Auswertungen der ESARI-Ticketlisten kam es 2009 zu einer gewissen Ernüchterung über die Dienstleistungsqualität des ESARI (zukünftig BASIS) Betriebes. Verbunden mit einer angekündigten Änderung des ESARI-Preismodells ab 2011 wird das Statistikamt Nord mit Dataport in Verhandlungen zur zukünftigen Ausgestaltung des Clientbetreuung treten müssen.

Bedingt durch den sich ausweitenden **Wettbewerb im Statistischen Verbund sowohl in der IT-Entwicklung als auch in der IT-Produktion** entstehen für das Statistikamt Nord zusätzliche Unsicherheiten bei der Planung der Ressourcenausstattung und -auslastung. Diese werden maßgeblich davon bestimmt sein, innerhalb welcher Rahmenbedingungen sich das Amt Mitbewerbern gegenüber positionieren kann. Erheblichen Einfluss dabei haben die anbietbaren Preise, wobei das Preisniveau des IT-Dienstleisters Dataport eine herausragende Rolle spielt.

Für den Fall, dass es dem Statistikamt Nord nicht gelingt, die festgelegten Leistungsquoten im Verbund bei der Programmentwicklung bzw. bei der Bereitstellung von Leistungen im Rahmen der zentralen IT-Produktion und Datenhaltung unter Wettbewerbsbedingungen zu erfüllen, werden auf das Amt neue Zahlungsverpflichtungen zukommen. Durch die aktuell zu bearbeitenden Projekte kann es frühestens für das Jahr 2011 zu einer solchen Konstellation kommen, sollte es nicht gelingen, weitere Projekte aus dem Verbund zu akquirieren.

Hamburg, 9. April 2010

gez. Dr. Wolfgang Bick

**Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein**  
**- Anstalt des öffentlichen Rechts -**

*Bilanz für die Zeit vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2009*

**AKTIVA**

| <b>A. Anlagevermögen</b>   | <u>EUR</u>           | <u>EUR</u>          | <u>31.12.2009</u><br>EUR | <u>31.12.2008</u><br>EUR |
|--|----------------------|---------------------|--------------------------|--------------------------|
| I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>  |                      |                     |                          |                          |
| Software   |                      | 234.118,74          |                          | 246.040,00               |
| II. <u>Sachanlagen</u>   |                      |                     |                          |                          |
| 1. Bauten auf fremden Grundstücken   | 6.950,00             |                     |                          | 8.450,00                 |
| 2. andere Anlagen, Betriebs- und<br>Geschäftsausstattung   | <u>805.005,00</u>    | 811.955,00          |                          | 828.894,40               |
| III. <u>Finanzanlagen</u>  |                      | <u>7.117.040,13</u> | 8.163.113,87             | 6.168.112,00             |
| <b>B. Umlaufvermögen</b>   |                      |                     |                          |                          |
| I. <u>Forderungen und sonstige</u><br><u>Vermögensgegenstände</u>  |                      |                     |                          |                          |
| 1. Forderungen aus<br>Lieferungen und Leistungen   | 65.142,77            |                     |                          | 184.151,28               |
| 2. Forderungen gegen die Anstaltsträger  | <u>21.801.374,73</u> | 21.866.517,50       |                          | 18.518.863,12            |
| - davon gegen die Freie und Hanse-<br>stadt Hamburg: TEUR 15.122<br>(Vorjahr: TEUR 12.340)                           |                      |                     |                          |                          |
| - davon gegen das Land Schleswig-<br>Holstein: TEUR 6.679<br>(Vorjahr: TEUR 6.179)                                   |                      |                     |                          |                          |
| - darunter zur Erfüllung zukünftiger Ver-<br>sorgungsansprüche zweckgebunden:<br>TEUR 2.939<br>(Vorjahr: TEUR 2.348) |                      |                     |                          |                          |
| II. <u>Kassenbestand</u>   |                      | <u>15.969,45</u>    | 21.882.486,95            | 24.219,98                |
| <b>C. <u>Rechnungsabgrenzungsposten</u></b>  |                      |                     | 33.142,72                | 15.028,65                |
| <hr/>  |                      |                     | <hr/>                    | <hr/>                    |
| <hr/>  |                      |                     | <u>30.078.743,54</u>     | <u>25.993.759,43</u>     |

**Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein**  
**- Anstalt des öffentlichen Rechts -**

*Bilanz für die Zeit vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2009*

|  |                       | <b><u>PASSIVA</u></b>    |                          |
|--|-----------------------|--------------------------|--------------------------|
| <b>A. Kapital</b>  | <u>EUR</u>            | <u>31.12.2009</u><br>EUR | <u>31.12.2008</u><br>EUR |
| I. Gezeichnetes Kapital  | 1.663.000,00          |                          | 1.663.000,00             |
| II. Freie Rücklagen  | 272.288,88            |                          | 272.288,88               |
| III. Andere Gewinnrücklage   | + 915.164,25          |                          | + 1.296.182,82           |
| IV. Jahresergebnis   | <u>+ 1.821.700,41</u> | 4.672.153,54             | ./ 381.018,57            |
| <b><u>B. Rückstellungen</u></b>  |                       |                          |                          |
| 1. Rückstellungen für Pensionen<br>und ähnliche Verpflichtungen                      | 19.281.704,00         |                          | 17.603.942,00            |
| 2. Sonstige Rückstellungen   | <u>5.791.547,69</u>   | 25.073.251,69            | 5.431.385,26             |
| <b><u>C. Verbindlichkeiten</u></b>   |                       |                          |                          |
| 1. Verbindlichkeiten aus<br>Lieferungen und Leistungen                               | 331.525,07            |                          | 104.331,54               |
| - davon mit einer Restlaufzeit<br>bis zu einem Jahr:<br>TEUR 332 (Vorjahr: TEUR 104) |                       |                          |                          |
| 2. Sonstige Verbindlichkeiten  | <u>1.813,24</u>       | 333.338,31               | 3.647,50                 |
| - davon mit einer Restlaufzeit<br>bis zu einem Jahr:<br>TEUR 2 (Vorjahr: TEUR 4)     |                       |                          |                          |
| - davon aus Steuern:<br>TEUR 2 (Vorjahr: TEUR 4)                                     |                       |                          |                          |
|  |                       | <u>30.078.743,54</u>     | <u>25.993.759,43</u>     |
|  |                       | <u>30.078.743,54</u>     | <u>25.993.759,43</u>     |

**Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein**  
**- Anstalt des öffentlichen Rechts -**

*Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2009*

|  | <u>EUR</u> | <u>2009</u><br><u>EUR</u> | <u>2008</u><br><u>EUR</u> |
|--|------------|---------------------------|---------------------------|
| Transfererträge  |            | 28.198.787,83             | 26.573.084,46             |
| Leistungserlöse  |            | + 301.724,13              | + 270.551,15              |
| Sonstige betriebliche Erträge  |            | + 2.391.685,42            | + 1.374.371,22            |
| Materialaufwand  |            |                           |                           |
| Aufwendungen für bezogene Leistungen   |            | ./.                       | 4.673.807,15              |
| - davon Rechenzentrumsleistungen   |            |                           |                           |
| Dataport: TEUR 3.400   |            |                           |                           |
| (Vorjahr: TEUR 3.750)  |            |                           |                           |
| Personalaufwand  |            |                           |                           |
| a) Löhne und Gehälter  | ./.        | 15.266.819,48             | ./.                       |
| b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung               | ./.        | 4.254.215,74              | ./.                       |
| - davon für Altersversorgung:  |            |                           |                           |
| TEUR 1.850   |            |                           |                           |
| (Vorjahr: TEUR 1.298)  |            |                           |                           |
| Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen |            | ./.                       | 443.638,46                |
|  |            |                           | ./.                       |
|  |            |                           | 461.183,83                |
| Sonstige betriebliche Aufwendungen   |            | ./.                       | 4.990.592,51              |
|  |            |                           | ./.                       |
|  |            |                           | 4.598.204,30              |
| Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge   |            | + 78.207,12               | + 69.003,28               |
| - davon zur Erfüllung zukünftiger Versorgungsansprüche zweckgebunden:                    |            |                           |                           |
| TEUR 78 (Vorjahr: TEUR 69)   |            |                           |                           |
| Jahresergebnis   |            | <u>+</u> 1.821.700,41     | <u>./.</u> 381.018,57     |

**Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein**  
**- Anstalt des öffentlichen Rechts -**

**Anhang zum Jahresabschluss 2009**

### **I. Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss**

Der Jahresabschluss wurde entsprechend den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Mit der Aufstellung der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, des Anhangs sowie des Lageberichtes erfüllt das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein – Anstalt des öffentlichen Rechts – die Anforderungen des § 15 Abs. 1 der Satzung des Statistikamtes Nord.

Bei der Gliederung der Bilanz wurde von der Vorschrift des § 265 Abs. 6 HGB Gebrauch gemacht und die Postenbezeichnung „Forderung gegen die Anstaltsträger“ eingeführt.

Bei der Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung wurden die Postenbezeichnungen „Transfererträge“ und „Leistungserlöse“ eingeführt.

### **II. Bilanzierung und Bewertungsmethoden**

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände und Gegenstände des Sachanlagevermögens wurden zu Anschaffungskosten angesetzt und um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Die Abschreibungen werden auf der Grundlage der ermittelten betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände nach der linearen Methode in Anlehnung an die amtlichen AfA-Tabellen ermittelt.

Geringwertige Wirtschaftsgüter über 150,00 € bis 1.000,00 € werden jahresweise zu so genannten Sammelposten zusammengefasst und pauschal über 5 Jahre linear abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter unter 150,00 € wurden als Aufwand des Geschäftsjahres berücksichtigt.

Das Finanzanlagevermögen beinhaltet ausschließlich Rückdeckungsversicherungsansprüche, die zu Deckungskapitalien und Fondsanteilen am Bilanzstichtag bewertet werden.

Die Bewertung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erfolgte zum Nennwert.

Die Bildung von Pensionsrückstellungen und ähnlichen Verpflichtungen gegenüber den Beamten und Angestellten aus dem BeamtVG, dem HmbZVG sowie der entsprechenden Anwendung der Vorschriften der VBL erfolgte analog § 6 a EStG und Abschnitt 6a EStR.

Maßstab für die Höhe der Rückstellungen ist der versicherungsmathematische Wert der Verpflichtungen. Verpflichtungen gegenüber aktiven Beschäftigten und Beamten/Beamtinnen wurden zum Teilwert und Verpflichtungen gegenüber passiven Beschäftigten und Beamten/Beamtinnen im Ruhestand zum Barwert angesetzt.

Es wurde von dem Ansatzwahlrecht Gebrauch gemacht, Pensionsrückstellungen für Altzusagen sowie mittelbare und unmittelbare ähnliche Verpflichtungen zu bilanzieren (§ 249 Abs. 1 Satz 1 HGB / Art. 28 Abs. 1 EGHGB).

Der Rechnungszinsfuß für Pensionsrückstellungen beträgt für die Stichtagsbewertung zum 31.12.2009 6,0 % p.a.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten. Sie sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung angesetzt.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten werden zum Rückzahlungsbetrag angesetzt.

### **III. Angaben zur Bilanz**

#### Aktiva

Die Entwicklung des Anlagevermögens im Einzelnen ergibt sich aus der Übersicht.

Die Forderungen gegen die Anstaltsträger resultieren aus:

- 1) Ansprüchen des Statistikamtes Nord aus den übergeleiteten Arbeits- und Dienstverhältnissen. Die Ansprüche ergeben sich zum einen aus Versorgungsansprüchen der Beschäftigten, die vor Anstaltsgründung entstanden sind und deren Übernahme durch Staatsvertrag von den Anstaltsträgern garantiert ist. Zum anderen ergeben sie sich aus den durch Freihalteerklärungen der Anstaltsträger unterlegten Ansprüchen für Altersteilzeit, Resturlaub und Beihilfe. Die Bewertung erfolgte in analoger Anwendung der Bewertung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen.
- 2) Ansprüchen gegen die Kasse.Hamburg der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg aus dort verwahrten Geldmitteln. Die bei der Kasse.Hamburg verwahrten Mittel stehen dem Statistikamt Nord kurzfristig zur Verfügung.

#### Passiva

##### Kapital

Das gezeichnete Kapital zum 31.12.2009 beträgt 1,66 Mio. €

Unter der Position Rücklagen wird die Einlageverpflichtung gemäß Staatsvertrag übersteigende Kapital ausgewiesen. Daneben wurden gemäß den Beschlüssen des Verwaltungsrates in den Jahren 2004 bis 2008 die nach Verrechnung mit dem Verlustvortrag verbleibenden Gewinne der Jahre den Gewinnrücklagen zugeführt.

Die sonstigen Rückstellungen basieren zum Teil auf versicherungsmathematischen Gutachten (Altersteilzeit 2.147 T€, Beihilfe für Pensionäre 1.509 T€). Die weiteren sonstigen Rückstellungen ergeben sich wie folgt:

|   | T€    |
|---|-------|
| Zentrale IT-Leistungen Zensus .....         | 830   |
| Urlaub .....                                | 796   |
| Personalaufwendungen .....                  | 222   |
| Zeitguthaben .....                          | 114   |
| Jahresabschlusskosten und Aktuaergelt ..... | 60    |
| Miet- und Nebenkosten HH und SH .....       | 57    |
| Übrige .....                                | 57    |
|   | 2.136 |

Die Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Darüber hinaus sind die Verbindlichkeiten nicht durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesichert.

#### Haftungsverhältnisse

Zum Abschlussstichtag bestehen keine Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB.

#### Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Das Statistikamt Nord hat am 01.12.2006 einen Rückdeckungsversicherungsvertrag mit der Generali Versicherung AG (ehemals Volksfürsorge Deutsche Lebensversicherung AG), geschlossen.

Aufgrund der abgeschlossenen Versicherung ergeben sich für das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein Beitragszahlungsverpflichtungen, die in laufenden Jahresbeiträgen von derzeit rd. 700 T€ zu begleichen sind.

### **IV. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung**

#### Umsatzerlöse

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Die Transfererträge des Statistikamtes Nord beliefen sich in 2009 insgesamt auf 28.199 T€.

Die Leistungserlöse wurden ausschließlich im Inland erzielt und belaufen sich auf 302 T€.

Unter den Transfererträgen werden im Wesentlichen die für die Wahrnehmung der Aufgaben des Statistikamtes Nord von der Freien und Hansestadt Hamburg im Einvernehmen mit Schleswig-Holstein festgelegten Zuschussbeträge für den laufenden Betrieb des Statistikamt Nord sowie für Versorgungsmittel ausgewiesen.

### **V. Sonstige Angaben**

#### Angaben zu den Beschäftigten

Die Zahl der Beschäftigten ist im Berichtsjahr 2009 leicht angestiegen. Zum 31.12.2008 betrug die Beschäftigtenzahl insgesamt 400 (davon 356 Angestellte, 44 Beamtinnen bzw.

Beamte) und zum 31.12.2009 insgesamt 402 (davon 360 Angestellte und 42 Beamtinnen bzw. Beamte).

Im Jahresdurchschnitt 2009 wurden 395 Beschäftigte (42 Beamtinnen bzw. Beamte und 353 Angestellte) beschäftigt.

#### Gesamthonorar des Abschlussprüfers

Die für den Abschlussprüfer, Revisions- und Treuhand-Kommanditgesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Kiel, im Berichtsjahr als Aufwand erfassten Honorare betragen für Abschlussprüfungsleistungen 26.500,00 € und für sonstige Leistungen 5.000,00 €.

#### Organe der Gesellschaft

##### Vorstand

Im Geschäftsjahr 2009 erfolgte die Geschäftsführung des Statistikamtes Nord durch die beiden Vorstände:

Herrn Dr. Wolfgang Bick

Herrn Dr. Hans-Peter Kirschner  
(ausgeschieden mit Ablauf des 31.12.2009)

Die Mitglieder des Vorstandes erhalten Dienstbezüge der Besoldungsgruppe B3 bzw. B4.

##### Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat des Statistikamtes Nord setzt sich wie folgt zusammen:

Herr Volker Schiek  
(Verwaltungsratsvorsitzender bis 29.06.2009)

Behörde für Inneres FHH  
Leiter des Amtes für Innere Verwaltung und Planung

Herr Konrad Stege  
(Verwaltungsratsvorsitzender ab 29.06.2009)  
Innenministerium SH  
Leiter der Allgemeinen Abteilung

Herr Friedrich-Eugen Bukow  
Finanzbehörde FHH  
Referatsleiter im Amt für Haushalt und Aufgabenplanung

Herr Herwig Kruse  
Finanzministerium SH  
Leiter des Referats Beteiligungsverwaltung, Bürgschaften,  
Koordination ÖPP

Herr Thorsten Quiel  
Beschäftigtenvertreter des Statistischen Amtes  
für Hamburg und Schleswig-Holstein

Die Mitglieder des Verwaltungsrates haben in 2009 keine Vergütungen erhalten.

Hamburg, den 21. April 2010

**Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein  
– Anstalt des öffentlichen Rechts**

Dr. Wolfgang Bick

## Entwicklung des Anlagevermögens vom 1. Januar 2009 bis zum 31. Dezember 2009

|   | Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten |                | Absetzung für Abnutzung |                   |                   | Restbuchwert |                |                |
|---|---------------------------------------|----------------|-------------------------|-------------------|-------------------|--------------|----------------|----------------|
|   | 01.01.2009<br>EUR                     | Zugänge<br>EUR | Abgänge<br>EUR          | 31.12.2009<br>EUR | 01.01.2009<br>EUR |              | Zugänge<br>EUR | Abgänge<br>EUR |
| <b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>             |                                       |                |                         |                   |                   |              |                |                |
| Software  | 1.062.757,60                          | 75.715,66      | 294.921,92              | 843.551,34        | 816.717,60        | 87.600,92    | 294.885,92     | 246.040,00     |
| <b>II. Sachanlagen</b>                                  |                                       |                |                         |                   |                   |              |                |                |
| 1. Bauten auf fremden Grundstücken                      | 413.784,69                            | 0,00           | 105.000,00              | 308.784,69        | 405.334,69        | 1.499,00     | 104.999,00     | 8.450,00       |
| 2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen | 3.866.332,62                          | 332.184,54     | 1.467.075,10            | 2.731.442,06      | 3.037.438,22      | 354.538,54   | 1.465.539,70   | 828.894,40     |
|   | 4.280.117,31                          | 332.184,54     | 1.572.075,10            | 3.040.226,75      | 3.442.772,91      | 356.037,54   | 1.570.538,70   | 837.344,40     |
| <b>III. Finanzanlagen</b>                               |                                       |                |                         |                   |                   |              |                |                |
|   | 6.168.112,00                          | 948.928,13     | 0,00                    | 7.117.040,13      | 0,00              | 0,00         | 0,00           | 6.168.112,00   |
|   | 11.510.986,91                         | 1.356.828,33   | 1.866.997,02            | 11.000.818,22     | 4.259.490,51      | 443.638,46   | 1.865.424,62   | 7.251.496,40   |
|   |                                       |                |                         |                   |                   |              |                | 8.163.113,87   |

### Bestätigungsvermerk

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein, Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 01.01.2009 bis 31.12.2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Statistikamtes Nord.

Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Statistikamtes Nord und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Kiel, den 4. Mai 2010

**Revisions- und Treuhand-Kommanditges.  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft**

ppa.  
(Holtzberg) (Rutsch)  
Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüferin

775

## Sonstige Mitteilungen

### Rahmenvereinbarung gemäß § 15 EG VOL/A

PFLEGEN UND WOHNEN Betriebs GmbH  
Beschaffungsmanagement  
Finkenau 11, 22081 Hamburg  
Telefon: +49 (0)40 / 20 22 - 35 41  
Telefax: +49 (0)40 / 20 22 - 55 26

Verfahrensart: Offenes Verfahren – Rahmenvereinbarung  
Nr. B **OV 001-2010**

Die Lieferung von **Käse** soll vergeben werden.

Die Unterlagen können bei Hamburger Arbeit-Beschäftigungsgesellschaft mbH, Beschaffung, Raum 0.31, Bahngärten 11, 22041 Hamburg, nach telefonischer Rücksprache unter 0 40 / 65 80 41 88 dienstags bis freitags in der Zeit von 9.00 bis 12.00 Uhr eingesehen und für einen Verrechnungsscheck in Höhe von 10,- Euro erworben werden **oder** kostenfrei ab dem 20. Juli 2010 aus dem Internet unter folgender Adresse heruntergeladen werden:

[www.pflegenundwohnen.de/Unternehmen/Ausschreibungen/Aktuell](http://www.pflegenundwohnen.de/Unternehmen/Ausschreibungen/Aktuell)

Einreichfrist: 1. September 2010, 13.00 Uhr

Hamburg, den 20. Juli 2010

**PFLEGEN UND WOHNEN Betriebs GmbH** 776